

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Frau Ministerin Scharrenbach, Sie haben das Wort.

Ina Scharrenbach*, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Paul, bitte vollziehen Sie noch einmal die Sachverständigenanhörung aus der 16. Legislaturperiode nach, in der gerade diese Frage „Rechtsanspruch, ja oder nein?“ sehr dezidiert und nachvollziehbar von der Vorgängerregierung beantwortet worden ist. Unser System in Nordrhein-Westfalen wurde in dieser Anhörung als gut bezeichnet. Ich sage das ausdrücklich.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das bezweifelt auch niemand! Aber es ist unterfinanziert!)

Zweitens. Es ergibt sich keine Zuständigkeit des Bundes. Der Bund hat keine Zuständigkeit. Die Länder in der Bundesrepublik Deutschland sind sehr engagiert in der Frage der Opferschutzsysteme für von Gewalt Betroffene, und zwar unabhängig davon, ob es sich um Frauen oder Männer handelt; Nordrhein-Westfalen und Bayern sind im Moment übrigens Wegbereiter im Bereich Gewalt gegen Männer.

Ich glaube, wir täten alle gut daran, wenn diejenigen, die für Dinge zuständig sind, auch die Verantwortung tragen und die Aufgabenstellungen lösen würden. Insofern trifft Frau Bundesfamilienministerin oder die Bundesregierung die Aufgabenstellung, die immer noch vorhandenen Lücken im Zusammenhang mit der SGB-II-Finanzierung bei bestimmten vulnerablen Gruppen endlich einer Lösung zuzuführen. Denn das fehlt, offen gesagt.

Es ist uns aus nordrhein-westfälischer Sicht an anderer Stelle gelungen, für eine Lösung auf der Bundesebene zu sorgen, Stichwort „anonyme Spurensicherung/Refinanzierung ärztlicher und/oder labortechnischer Leistungen“. Das wird kommen, und dafür können Sie Nordrhein-Westfalen danken.

Ich bin mir sicher, dass wir auch bei der SGB-II-Refinanzierung im Zusammenhang mit Frauenhausaufenthalt noch auf das wohlwollende Gehör der Bundesfamilienministerin stoßen werden.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kann ich die Debatte zum Einzelplan 08 schließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8008, den Einzelplan 08 unverändert anzunehmen. Wer

dem Einzelplan 08 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Ich frage vorsorglich, ob es auch Stimmenthaltungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Einzelplan 08 in zweiter Lesung angenommen.**

Ich rufe auf:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8011

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7985

a) Arbeit, Soziales

In Verbindung mit:

Unabhängige Beratung von Langzeitarbeitslosen ist ein bundesweites Vorbild – Arbeitslosenzentren (ALZ) und Erwerbslosenberatungsstellen (EBS) über 2020 hinaus erhalten!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7903

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Neumann von der SPD-Fraktion hat als Erster das Wort.

Josef Neumann (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche jetzt zum Themenbereich „Arbeit und Soziales“ des Einzelplans 11, der uns hier vorliegt. Herr Minister Laumann, der Haushaltsansatz zu „Arbeit und Soziales“ zeichnet sich durch Enttäuschung und Stillstand aus.

(Beifall von der SPD)

Es fehlen ein klares Konzept und eine Strategie, wie Sie die sozialen und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen, die in Nordrhein-Westfalen existieren und zukünftig noch auf uns zukommen, gestalten wollen. Das große Zukunftsthema „Digitalisierung“ in der Arbeits- und Sozialpolitik findet im Haushalt nicht statt. Heiße Luft bis gar nichts!

Dabei erwarten insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land klare Antworten

und Strategien, wenn es um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit ihrer Familien geht.

Aus- und Weiterbildung, Teilhabe an den Dividenden der Digitalisierung, die Frage von Mitbestimmung und Sonstiges – all das sind Aspekte, die zu diesem Thema gehören, die im Haushalt entsprechend abgebildet sein müssten, aber nicht vorkommen.

Aber noch viel schlimmer ist, dass gerade im Bereich Arbeit und Soziales die globalen Minderausgaben in Ihrem Ressort mit 66 Millionen Euro zu den höchsten im Haushalt gehören. Es ist nicht nachvollziehbar, dass ausgerechnet Sie im Bereich Arbeit und Soziales diesen globalen Minderausgaben zustimmen.

Bis heute bleiben Sie die Antwort darauf schuldig, wo und welche Landesprogramme Sie zusammenstreichen werden. Herr Minister Laumann, das ist nicht nur unseriös, das ist auch unfair gegenüber den Menschen und den Beschäftigten in den vielen Projekten und Maßnahmen. Sie haben es verdient, von Ihnen zu erfahren, wohin die Reise geht und welche Maßnahmen Sie streichen werden.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich drei Beispiele zum Haushalt nennen:

Das eine betrifft die Streichung der Mittel der ZWAR-Beratungsstellen. Das ZWAR-Netzwerk gibt es seit 30 Jahren. Es ermöglicht Teilhabe, Mitgestaltung und bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels stärken solche Projekte wie ZWAR die Quartiersentwicklung und die Unterstützung der Menschen in den Stadtteilen, in den Kommunen vor Ort. Die SPD hat mit dem Änderungsantrag eine Fortführung des Projekts vorgeschlagen. Das ist von CDU und FDP abgelehnt worden. Auch das ist ein Beispiel für das, was im Bereich Soziales nicht nachvollziehbar ist.

Zweites Beispiel: die wertvolle und wertschätzende Arbeit der Betreuungsvereine. Wer nicht bereit ist, den Betreuungsvereinen mehr Geld zu bezahlen, wird an anderer Stelle mehr finanzieren müssen, auch aus dem Landeshaushalt. Auch hier eine Ablehnung durch CDU und FDP.

Drittes Beispiel – Herr Minister, Ihr ehemaliges Steckenpferd –: die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung. Insgesamt ist festzustellen, dass die Mittel zur Förderung der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung stagnieren. Warum die Landesregierung nicht deutlich mehr Geld für Investitionen in diesem Bereich zur Verfügung stellt, ist nicht nachvollziehbar.

Mit der Einführung des Bundesteilhabegesetzes sollten hier klare und deutliche Signale gesendet werden. Die Schaffung von Arbeitsplätzen bei den soge-

nannten anderen Anbietern wäre für das Land Nordrhein-Westfalen eine gute Möglichkeit gewesen, mit gutem Beispiel voranzugehen und haushaltstechnisch einiges auf den Weg zu bringen. Fehlanzeige, und das obwohl Menschen mit Behinderung seit Jahren wesentlich mehr von Arbeitslosigkeit betroffen sind als alle anderen. Dadurch, dass da nichts passiert, verhindern Sie die Teilhabe dieser Menschen am Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Teilhabe.

Fazit: Jeder der diesen Einzelplan 11 sieht, stellt fest: wenig Neues, nichts Innovatives, nichts Strategisches. Wir brauchen den sozialen Fortschritt auch in diesem sozial- und arbeitspolitischen Haushalt für die vielen und nicht die wenigen. Davon sieht man wenig. Die SPD-Fraktion kann und wird diesem Einzelplan nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Neumann. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schmitz.

Marco Schmitz (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Neumann, es hätte mich gewundert, wenn Sie dem Einzelplan zustimmen würden, denn Sie haben noch keinem einzigen Einzelplan heute zugestimmt. Aber das nur am Rande.

Ich komme zum Einzelplan 11. Mehr als 6 Milliarden Euro stellen wir in diesem Etat zur Verfügung. Mit diesem Geld tun wir gute Dinge und kümmern uns um die Menschen, denn dafür ist dieser Haushaltsposten da.

Zum Thema „Wirtschaft“ hat der Kollege Becker dargestellt, wie viele Arbeitsplätze überall abgebaut werden. Das ist tragisch für jeden einzelnen Arbeitsplatz, der abgebaut wird, ob es bei thyssenkrupp, bei Ford oder bei allen anderen ist.

Aber man muss sich auch einmal die Gesamtsituation in unserem Land anschauen. Wir haben derzeit einen historischen Höchststand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit inzwischen mehr als 7 Millionen Beschäftigten. Wir haben eine stagnierende Arbeitslosigkeit, aber auf einem niedrigen Niveau. Und wir haben nach wie vor mehr als 400.000 gemeldete offene Arbeitsstellen. Hier muss sich das Land Nordrhein-Westfalen sicherlich nicht verstecken.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das ist sicherlich nicht alleine ein Verdienst der NRW-Koalition,

(Josef Neumann [SPD]: Ganz bestimmt nicht!)

aber mit unseren Entfesselungspaketen haben wir zu einem Klima der Investitionen beigetragen, wodurch Arbeitsplätze generiert werden.

Ein weiterer Punkt ist das Teilhabechancengesetz. Mit diesen Bundesmitteln haben wir vielen Bürgerinnen und Bürgern, die lange Jahre arbeitslos gewesen und von vielen abgeschrieben worden sind, die Möglichkeit gegeben, einen Job zu bekommen. Das ist etwas, worauf man stolz sein darf und wofür man den Kolleginnen und Kollegen in den Jobcentern danken muss,

(Beifall von der CDU)

die Menschen vermitteln, die es alleine nicht mehr geschafft hätten, in Arbeit zu kommen.

Auch den Unternehmerinnen und Unternehmern, die diese Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, ist zu danken. Denn es ist keine Selbstverständlichkeit, dass man jemanden einstellt, auch wenn man das komplett finanziert bekommt, der mehr als sechs Jahre lang arbeitslos gewesen ist und dann versucht, wieder in Arbeit zu kommen.

Ich komme nun zu den weiteren Aktivitäten im Bereich Arbeit. Es war sicherlich eine große Aufgabe, die wir in diesem Jahr hatten. Viele von uns haben Gespräche mit den verschiedenen Trägern geführt. Es geht um die Berufseinstiegsbegleitung in Nordrhein-Westfalen. Es war ein großer Kraftakt, den wir aus dem Haushalt finanzieren mussten, mit ESF-Mitteln, mit Landesmitteln. Das war für uns eine sehr wichtige Aufgabe, und wir haben am Ende eine Vereinbarung zusammen mit der Regionaldirektion, mit der Agentur für Arbeit hinbekommen, dass wir dieses Programm weiterlaufen lassen.

Wir werden auch im nächsten Jahr 14 Millionen Euro für „Kein Abschluss ohne Anschluss“ zur Verfügung stellen.

Das Werkstattjahr und Ausbildungsprogramm bekommen über 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Wir haben nach wie vor Bau und Ausstattung der über 120 überbetrieblichen Bildungsstätten von Handwerk, Industrie, Landwirtschaft im Rahmen des Modernisierungspakts Berufliche Bildung vor uns. Auch dafür gibt es 8 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt.

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung wird weitergefördert. Für die betriebliche Ausbildung in der „Aktion 100“ von Jugendlichen mit Behinderung haben wir 2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Ich wundere mich, Herr Neumann, dass Sie gesagt haben, wir würden gerade für die Menschen mit Behinderung die Chance nicht nutzen. Wir tun es ja. Wir kümmern uns auch um Menschen mit Behinderung.

(Josef Neumann [SPD]: Nicht nach BTHG! Einfallslös!)

Sie stellen es immer negativ dar. Wir nutzen die Gelder, die wir haben, um sie in der Gesamtheit für die Bevölkerung einzusetzen,

(Josef Neumann [SPD]: Einfallslös!)

um Gutes zu tun, um Menschen zu helfen. Und Sie stellen es so dar, als würden wir die Mittel kürzen und Menschen zurücklassen. Das ist falsch. Ich finde es schade, dass Sie das so darstellen. Aber das ist Ihre Entscheidung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Letzter Punkt: Wir stellen für den Bildungsscheck NRW, die Potenzialberatung, die Beratung zur beruflichen Entwicklung und die Fachberatung zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen weitere 19 Millionen Euro zur Verfügung.

Aus Sicht der NRW-Koalition kann ich nur sagen: Unterstützen Sie diesen Haushalt. Stimmen Sie mit uns zu. Es ist für die Menschen. Es ist gut für unser Land. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Im Sozialausschuss haben wir zahlreiche Anträge zum Regierungsentwurf gestellt, und Herr Schmitz, ich hätte erwartet, dass heute etwas dazu kommt, weil Sie im Ausschuss nichts dazu gesagt haben.

Es kam aber kein Wort dazu, und deshalb müssen Sie sich nicht wundern, dass wir den Einzelplan nicht nur ablehnen, sondern auch sehr erstaunt darüber sind, dass diese Regierungskoalition sich selbst feiert und keine Worte darüber verliert, wie eine alternative Arbeitsmarktpolitik aussehen kann. Das hat nur sehr überschaubar etwas mit einer sachlichen Auseinandersetzung zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will ein paar Punkte anführen, die aus meiner Sicht von zentraler Bedeutung sind. Natürlich ist es gut, dass wir ein Gesetz auf Bundesebene haben, das sich um den sozialen Arbeitsmarkt kümmert. Da finde ich Ihre Einordnung für Nordrhein-Westfalen aber einigermaßen abenteuerlich. Wir haben einen sehr hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen, und zwar jenseits der Grenze von 300.000 Personen. Sie sagen, wir hätten eine relativ niedrige Arbeitslosigkeit und seien ganz zufrieden damit.

Nein, ich bin nicht zufrieden damit – gerade weil ich aus einer Region komme, in der die Sockelarbeitslosigkeit viel zu hoch ist und die Menschen schon viel zu lange ohne Perspektive sind. Wir versuchen, den Menschen eine neue Perspektive zu vermitteln und sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Man kann damit nicht zufrieden sein, Herr Kollege Schmitz.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der Kollege Neumann hat, wie ich finde, völlig zu Recht gesagt, dass man sich angesichts der Millionen- und teilweise Milliardenbeträge fragen muss, ob eine Ideologie dahintersteckt und nicht nur der Grund, dass gespart werden soll.

Bei den Betreuungsvereinen wären 2 Millionen Euro nötig, um sie wieder auf ein vernünftiges Maß zu bringen. Genau das haben wir, wie auch die Kolleginnen und Kollegen der SPD, beantragt. Es wurde im Ausschuss von der Regierungskoalition aus CDU und FDP kommentarlos abgelehnt. Sie hätten doch heute mal erklären können, warum Sie das für falsch halten. Wir haben eine Gegenfinanzierung auf den Tisch gelegt.

(Zuruf von Marco Schmitz [CDU])

Auch beim Thema „inklusive Arbeitsmarkt“ gibt es natürlich gute Ansätze im Bundesteilhabegesetz. Aber bundesweit ist Nordrhein-Westfalen leider im negativen Sinne Spitze: Bei der Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung liegen wir deutlich über dem Durchschnitt. Da müssen wir doch Akzente setzen und nicht sagen, dass wir mit der stagnierenden Arbeitslosigkeit ganz zufrieden sind.

Menschen mit hoher Qualifikation, die eine Behinderung haben, werden in Nordrhein-Westfalen aber offensichtlich schlechter integriert, als es nötig ist. Das muss uns stören, da müssen wir ansetzen, und da müssen wir Gegenprogramme auf den Weg bringen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Und ich stimme dem Kollegen Neumann auch zu, was die anderen Anbieter und das Budget für Arbeit anbetrifft. Wir haben im Ausschuss Vorschläge gemacht, denen Sie nicht gefolgt sind. Und heute sagen Sie, dass Sie ganz zufrieden mit der Gesamtsituation sind. Ich finde, das kann man nicht sein.

Herr Minister, ich will auch an Punkte anknüpfen, bei denen ich finde, dass Sie in Ansätzen nicht auf dem falschen Weg sind. Das gilt für das Thema „Wohnungslosigkeit“ und für die Bekämpfung von Obdachlosigkeit insbesondere von Frauen. Ich finde das Programm richtig, mit welchem 20 Gebietskörperschaften – es sind ja Kreise und Städte – in besonderer Weise gefördert werden.

Aber wir brauchen mehr. Wir brauchen auch im ländlichen Raum Zufluchtsmöglichkeiten für Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind – gerade für Frauen. Deswegen haben wir einen entsprechenden

Antrag im Ausschuss gestellt. Der wurde kommentarlos abgelehnt, und auch heute haben Sie nichts dazu gesagt, Herr Kollege Schmitz. Da hätte ich mir deutlich mehr Austausch und eine fachliche Debatte gewünscht. Aber offensichtlich ist die Regierungskoalition dazu heute weder bereit noch in der Lage.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der wichtigste Aspekt, den ich ansprechen möchte, hatte ebenfalls einen Antrag von uns zur Folge: die Arbeitslosenzentren und die Erwerbslosenberatungsstellen. Auf Bundesebene ist das Gesetz zum sozialen Arbeitsmarkt jetzt da, und wir haben seit elf Monaten Erfahrung damit.

Wir werden uns sicherlich noch intensiv dazu austauschen; denn so rosig, wie es geschildert wird, ist es im Einzelnen leider nicht. Gerade die Integration im Bereich der nichtöffentlichen Anbieter funktioniert zumindest meiner Kenntnis nach sehr unterschiedlich, um es vorsichtig auszudrücken.

Nachdem es 2008 schon ein Fehler war, meinen Sie nun, im Bereich der Erwerbslosenberatungsstellen und der Arbeitslosenzentren wieder an der Substanz schrauben und sie umetikettieren zu müssen. Sie sagen, dass die Beratungsstellen jetzt ranmüssen, weil es beim Arbeitsschutz hapert. Das ist eine faktische Kürzung, weil sie sich nicht mehr um die Arbeit, die sie eigentlich machen müssten, kümmern können: sich um die Menschen zu kümmern, zu beraten und für soziale Integration zu sorgen.

Dass Sie das wieder machen, kann ich nur noch als Ideologie bezeichnen. Denn um die Kohle, die paar Euro, die da notwendig sind, kann es nicht wirklich gehen. Deswegen werden wir den Einzelplan in Gänze ablehnen.

Warum wir das im Gesundheitsbereich tun, diskutieren wir gleich noch.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lenzen.

Stefan Lenzen (FDP): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die aktuell vorgelegte Sozialberichterstattung zeigt durch erfreuliche Entwicklungen, dass sich die NRW-Koalition von FDP und CDU auf dem richtigen Kurs befindet.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] und Marco Schmitz [CDU])

Wir haben es ja schon von dem Kollegen Schmitz gehört: Die Zahl der Erwerbstätigen und insbesondere die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

ist nicht nur in 2018 weiter gestiegen, sondern der Trend setzt sich auch in diesem Jahr fort. Die gute Arbeitsmarktlage hat eben auch die Langzeitarbeitslosen erreicht und vermehrt dabei geholfen, wieder Fuß zu fassen.

An der Stelle machen wir mal einen kurzen Faktencheck. Herr Kollege Mostofizadeh, Sie sprachen von mehr als 300.000 Langzeitarbeitslosen. Sie haben recht: Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen lag noch zu Ihrer Regierungszeit und bei Amtsantritt der NRW-Koalition bei etwa 300.000. Aber wenn Sie sich die Daten von Ende Oktober dieses Jahres anschauen, dann stellen Sie fest, dass wir diese Zahl auf 240.000 gesenkt haben.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP], Peter Preuß [CDU] und Marco Schmitz [CDU])

Die Zahl 300.000 war also noch ein Überbleibsel, das wir von Rot-Grün übernommen haben. Jetzt sind wir bei 240.000. Das bestätigt unseren Kurs einer Arbeitsmarktpolitik, die alle Menschen im Land mitnimmt.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind um 3,3 % gestiegen. Dabei ist auch die Ungleichheit der Einkommensverteilung zurückgegangen. Das relative Armutsrisiko ist spürbar auf 16,6 % gesunken. Und auch die Anzahl der Transferleistungsempfänger ist zurückgegangen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dann ist ja alles prima!)

Gerade für Menschen mit niedrigen Einkommen gibt es also auch in diesem Punkt Verbesserungen.

(Josef Neumann [SPD]: Paradies!)

Für uns ist Arbeit der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Wir halten eine abgeschlossene Berufsausbildung für den besten Schutz vor Arbeitslosigkeit, und danach handeln wir als NRW-Koalition auch.

Deswegen haben wir die Landesförderung im Bereich der ESF-Programme neu ausgerichtet und den klaren Schwerpunkt darauf gelegt, mehr junge Menschen, Jugendliche in eine Ausbildung zu bringen, in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

So haben wir auch ein Ausbildungsprogramm auf den Weg gebracht, mit dem wir gerade Jugendlichen mit mehreren Vermittlungshemmnissen eine Chance geben. Seit Herbst 2018 haben wir dafür 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen, gerade in den Regionen, in denen es eine ungünstige Bewerber-Stellen-Relation gibt.

Wir haben auch für 2020 beim Rückzug des Bundes die wichtige Arbeit der Berufseinstiegsbegleitung aus ESF-Mitteln des Landes abgesichert. Mit der Fortführung und Ausweitung dieses bewährten Instruments

unterstützen wir Schülerinnen und Schüler mit schlechteren Startchancen beim Übergang in eine Ausbildung.

(Beifall von der FDP)

Wenn das nicht genug ist – man wollte ja hören, wie die NRW-Koalition aus FDP und CDU eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreibt –, ließe sich das weiter fortsetzen. Lassen Sie uns das gerne tun.

Sprechen wir über das Thema „Erwerbslosenberatung und Arbeitslosenzentren“; das zählt ja auch mit zu den ESF-Programmen.

(Zurufe von der AfD)

– Ja, die AfD darf sich ja nachher noch zu Wort melden. Dann werden wir hören, wie Ihr Arbeitsmarktkonzept aussieht.

Wenn wir bei dem Thema „Erwerbslosenberatungsstellen“ sind: Diese werden wir in der ESF-Förderperiode auch weiter unterstützen. Das haben wir klar zum Ausdruck gebracht, auch durch unseren Minister: Es wird einen neuen Baustein geben, der in die Beratungstätigkeit aufzunehmen ist. Es geht um die Zielgruppe der prekär Beschäftigten, der von Arbeitsausbeutung betroffenen Menschen. Die sollen dort hineingenommen werden, es soll dort eine niedrigschwellige Anlaufstelle geben. Die Probleme kennen wir, wir haben es gehört. Gerade im Bereich der Schlachthöfe – das ist, glaube ich, allseits bekannt – werden wir diese Herausforderung angehen.

Die Verknüpfung einer Funktion mit einem sozialen Treffpunkt, mit einer Beratung halten wir für sinnvoll. Arbeitslosenzentren ohne Beratungsangebote – ich betone: ohne Beratungsangebote – halten wir für weniger sinnvoll. Wichtig ist: Wir wollen kombinierte Angebote fördern. Darauf werden wir unsere Mittel konzentrieren und gezielt dafür einsetzen.

Ein Thema zu guter Letzt, das auch sehr wichtig ist – daran merkt man, welche Probleme die NRW-Koalition anpackt, bei denen die Vorgängerregierung einfach nur zugeschaut hat –: Obdachlosigkeit. Wir haben mitbekommen, dass es sich um ein zunehmendes Problem handelt. Im Jahre 2018 waren mehr als 44.000 Personen wohnungslos gemeldet. Wir konnten den Anstieg in den letzten Jahren weiterverfolgen. Aber dafür brauchte es erst die NRW-Koalition aus FDP und CDU, die die Mittel von weniger als 2 Millionen Euro mit den Haushalten in den Jahren 2019 und 2020 auf bis zu 7 Millionen Euro anhebt.

Wir packen die Probleme in verschiedenen Bereichen an, etwa was wohnungslose Frauen und weitere Zielgruppen betrifft, was das Thema „Suchthilfe“ oder die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ angeht. Mit den Mitteln ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit!

Stefan Lenzen (FDP): ... können wir mit den Kooperationspartnern der Wohnungswirtschaft Wohnungsverluste vermeiden und wohnungslose Menschen besser und schneller mit Wohnraum versorgen. Deswegen ist es richtig, diese Angebote noch gezielter auszubauen, wie ich eben erwähnt habe, auch für wohnungslose Jugendliche oder Frauen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Stefan Lenzen (FDP): Das zeigt ganz klar: Die NRW-Koalition packt konkret die Probleme an ohne ideologische Scheuklappen. Wir helfen mit gezielten Maßnahmen.

An dieser Stelle darf ich trotz allem für die konstruktive Zusammenarbeit im Ausschuss und mit dem Ministerium danken. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lenzen. – Für die AfD-Fraktion spricht Frau Kollegin Dworeck-Danielowski.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Bereich Soziales ist der milliardenschwere Haushaltsanteil nur ein durchlaufender Posten, der der Gestaltung durch den Landesminister letztlich eigentlich entzogen ist. Hier beruhen Verfügbarkeit und Ausgestaltung der verausgabten sozialstaatlichen Ressourcen auf bundesrechtlichen Festlegungen. Eine Gestaltung durch das Land erfolgt nicht.

Im Bereich Arbeit spielt das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales eigentlich auch nur die zweite Geige. Sehen wir die Beträge der Arbeitsagentur im Land Nordrhein-Westfalen in Höhe von 6 Milliarden Euro jedes Jahr, scheinen die immerhin dreistelligen Millionenbeträge, die das MAGS im Jahre 2020 für den Arbeitsbereich – kofinanziert mit EU-Mitteln – einsetzen kann, nicht die Welt zu sein. Ihnen ist es aber trotzdem seit der Übernahme des Ministeriums durch Ihre Entscheidungen gelungen, die eigene Handschrift deutlich werden zu lassen.

Auch in Ihrer Einbringungsrede wurde deutlich, wie wichtig es Ihrem Ministerium ist, junge Menschen auszubilden und in Arbeit zu bringen – Menschen, die am Beginn ihrer Erwerbsbiografie stehen und noch alles vor sich haben. Nicht alle haben die gleichen Voraussetzungen, manche haben es schwerer.

Deshalb begrüßen wir das Werkstattjahr, das Ausbildungsprogramm und die Berufseinstiegsbegleitung, damit diese junge Menschen etwas lernen, eine Qua-

lifikation erlangen und somit später auf eigenen Füßen stehen können. Das ist die beste Armutsprävention. Wir sehen darin eine der wichtigsten Aufgaben.

Die Teilzeitberufsausbildung finden wir ebenfalls eine wunderbare Möglichkeit, zum Beispiel trotz früher Elternschaft den Anschluss nicht zu verlieren. Das ist nicht nur, aber besonders für Alleinerziehende eine wichtige Perspektive. Kinder kommen nicht immer geplant, und es ist gut zu wissen, dass es Ideen und Möglichkeiten gibt, das Mutterwerden nicht gegen einen Berufsabschluss abwägen zu müssen. Beides ist möglich. Das sollte vielleicht noch viel mehr in den Köpfen ankommen. Das sind Unterstützungsmaßnahmen, die wir für sehr sinnvoll halten. Eine gute Ausbildung ist die beste Voraussetzung für eine gute Beschäftigung.

Zwei Drittel aller Langzeitarbeitslosen haben nämlich keine abgeschlossene Berufsausbildung. Mehr als die Hälfte hat das 45. Lebensjahr deutlich überschritten. Ihr Ansatz, viele Ressourcen dahinein zu investieren, dass Menschen erst gar nicht in diese Situation geraten, halten wir für den richtigen Weg.

In Bezug auf das Teilhabechancengesetz allerdings oder den, kurz gesagt, sozialen Arbeitsmarkt haben wir große Bauchschmerzen. Wir sehen das nicht so optimistisch wie Sie. Ein Arbeitsverhältnis, das über einen so langen Zeitraum in so hohem Maße gefördert wird, ohne dass der Arbeiter im Anschluss auch regulär beschäftigt werden muss und ohne dass die herkömmlichen Befristungsregelungen greifen, ohne dass der Beschäftigte einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I erlangt, finden wir alles, aber nicht sozial.

Ob dieser soziale Arbeitsmarkt am Ende des Tages arbeitslose Menschen in echte Beschäftigung bringen wird, ist ungewiss. Das werden wir erst in Jahren beurteilen können.

Allerdings muss man an dieser Stelle auch sagen, Herr Mostofizadeh: Sie haben sich gerade über die 300.000 Arbeitslosen echauffiert. Aus Ihrem Mund erscheint das für mich immer, ehrlich gesagt, sehr bigott. Die Politik insbesondere Ihrer Partei trägt maßgeblich dazu bei, dass Arbeitsplätze verloren gehen. Und wenn es um Ihre Ideologie geht, ist Ihnen der Verlust der Arbeitsplätze auch relativ wurscht. Anschließend weinen Sie dann hier die Krokodilstränen.

Dabei ist es auch egal, ob es 300.000 oder 240.000 sind. Sie haben natürlich recht: Es sind viel zu viele. – Und es sind auch keine Überbleibsel, Herr Lenzen.

Insgesamt ist es aber eine wohltuende Abkehr vom Weltbild des rot-grünen Sozialuntertans, der in Nordrhein-Westfalen permanenter Sozialpädagogisierung bedarf, weil er sein Leben eigentlich selber gar nicht mehr führen kann.

Aufgrund dieser Melange aus Zustimmung und Ablehnung werden wir uns enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Dworeck-Danielowski. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsberatungen zum Bereich Arbeit und Soziales finden in einer Zeit statt, in der wir sehr gute Daten zur Entwicklung in Nordrhein-Westfalen haben.

Im Jahresdurchschnitt 2018 waren bei uns 9.550.000 Menschen in Erwerbsarbeit. Allein in dem Jahr hatten wir eine Zunahme der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze um 2,3 % auf 6,85 Millionen zu verzeichnen.

Jahrelang hatten wir eine öffentliche Diskussion, die von wachsender Armut und Ungleichheit der Einkommen geprägt war. Die Entwicklung im vergangenen Jahr ist ein Lichtblick. Im Jahr 2018 lag das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte bei 22.263 Euro und damit um 3,3 % höher als im Vorjahr. Von 2012 bis 2017 hat sich die Einkommensverteilung kontinuierlich angeglichen. Zum ersten Mal ist in Nordrhein-Westfalen die Schere bei der Einkommensverteilung zwischen Armen und Reichen wieder zusammengegangen.

Das Armutsrisiko hat in diesem Land erheblich abgenommen. Die Zahl der Grundsicherungsempfänger in unserem Land ist erheblich zurückgegangen – um rund 87.000 allein in den vergangenen zwölf Monaten von 2018.

Das zeigt, dass Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal seit vielen Jahren, in denen wir immer über die Armutsentwicklung diskutiert haben, in wichtigen Fragen eine positive Entwicklung nimmt.

(Beifall von der CDU und Stefan Lenzen [FDP])

Ich halte es für das Entscheidende, dass die politischen und wirtschaftlichen Instrumente auch bei den Benachteiligten in unserer Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen wirken.

Jetzt zu den Zahlen im Haushalt, die mir wichtig sind:

Wir stellen auch im kommenden Jahr für das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“, das für junge Menschen in der Phase des Übergangs von Schule zu Beruf von großer Bedeutung ist, 14 Millionen Euro zur Verfügung.

Für das Werkstattjahr und das Ausbildungsprogramm stellen wir 20 Millionen Euro zur Verfügung.

Um die Berufseinstiegsbegleitung, aus dessen Finanzierung sich der Bund zurückgezogen hat, in

Nordrhein-Westfalen auch für 2020 sicherzustellen, stellen wir 20 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir machen weiter mit der Teilzeitberufsausbildung, die vor allem für alleinerziehende Mütter, die noch keinen Beruf haben, ein wichtiges Instrument ist, und stellen dafür 2,8 Millionen Euro zur Verfügung.

Im Haushalt stehen 8 Millionen Euro für die Ausstattung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten, insbesondere im Handwerk. Weil der Landesanteil immer knapp ein Drittel beträgt und zwei Drittel von anderen kommen, bedeutet das, dass in Nordrhein-Westfalen ab dem kommenden Jahr rund 24 Millionen Euro für den Aufbau der ÜBS zur Verfügung stehen. Wir reden also nicht nur über die duale Ausbildung, sondern tun auch etwas dafür, dass es moderne Räume für die duale Ausbildung gibt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich kann Ihnen auch sagen, dass wir die Erwerbslosenberatungsstellen über den derzeitigen Förderzeitraum hinaus – bis 2020 ist ja alles genehmigt – weiter fördern werden.

Aber Sie müssen mich auch verstehen. Vor einigen Wochen haben wir in Nordrhein-Westfalen 30 Schlachthöfe gleichzeitig mit Zoll und Arbeitsschutz kontrolliert. Dabei sind wirklich schlimme Dinge zutage gekommen, was mit osteuropäischen Werkvertragsarbeitnehmern in der nordrhein-westfälischen Fleischindustrie passiert. Ich gehe sogar so weit, zu sagen, dass ich keine Bevölkerungsgruppe in Nordrhein-Westfalen kenne, die unter so schlechten Bedingungen leben und arbeiten muss wie die Werkvertragsarbeiterinnen und -arbeiter in der Fleischbranche; das gilt auch für einen Teil der Paketdienste.

(Beifall von der CDU und Martina Hannen [FDP])

Als Arbeitsminister kann ich nicht einfach so tun, als ob da nichts wäre. Ich brauche eine flächendeckende Beratung. Die Stellen, die es heute gibt – ich glaube, zwei in Dortmund und ein paar in Ostwestfalen –, reichen vorne und hinten nicht, da alleine in der Fleischindustrie über 17.000 Werkvertragsarbeiter tätig sind.

Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich muss doch vor Ort sein. Also habe ich gesagt, dass die Mitarbeiter in den Erwerbslosenberatungsstellen, die sich schon immer um Menschen in prekären Lagen gekümmert haben, auch diese Aufgabe übernehmen können. Natürlich geben wir Geld für Rechtsberatung und Dolmetscher. Das ist eine weitere Aufgabe. Damit nutzen wir aber eine vorhandene Struktur auch für diese Menschen.

Ich kenne viele, die in Erwerbslosenberatungsstellen beschäftigt sind und sich auf diese neue Aufgabe

freuen. Sie sagen: Natürlich werden wir auch das aus unserem Selbstverständnis heraus machen.

Wir können also feststellen, dass dieser Haushalt in der Arbeitsmarktpolitik sehr viel bewirkt.

Eine Sache will ich noch klarstellen. In den vergangenen drei Jahren haben wir die Zuschüsse für die Betreuungsvereine in Nordrhein-Westfalen von 2,7 Millionen Euro auf 5 Millionen Euro gesteigert. Angesichts dieser Steigerung zu behaupten, wir hätten nichts für die Betreuungsvereine getan, finde ich populistisch und unehrlich.

Insofern bin ich davon überzeugt, dass das ein guter Haushalt für die Menschen in Nordrhein-Westfalen ist. Er stellt die Handlungsfähigkeit der Abteilungen Arbeit und Soziales für das kommende Jahr sicher. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Der guten Ordnung halber teile ich mit, dass die Landesregierung ihre Redezeit für diesen Bereich um eine Minute überzogen hat. Ich frage, ob es noch Wortmeldungen zu diesem Teilbereich gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache zu diesem Teilbereich.

Wir kommen zum Teilbereich

b) Gesundheit

Ich erteile dem Kollegen Yüksel für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte sehr.

Serdar Yüksel (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst ein paar grundsätzliche Worte zum Schwerpunkt Ihres Haushaltes, Herr Laumann, sagen. Denn der Haushalt macht deutlich, dass gerade auch der Themenbereich, den wir jetzt miteinander zu besprechen haben, bei Ihnen keine Priorität besitzt. Dieser Bereich ist am härtesten von globalen Minderausgaben betroffen, und das trotz Rekordsteuereinnahmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es gleicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Anbetracht der Herausforderungen, die uns bei diesen Themen erwarten und auch jetzt schon spürbar sind, einem Kunststück, hier überhaupt noch einen Haushaltsentwurf vorlegen zu können. Ich will das auch ganz konkret an den einzelnen Maßnahmen festmachen, damit es nicht abstrakt bleibt.

Für die Umsetzung des Nationalen Krebsplans werden künftig 200.000 Euro weniger zur Verfügung stehen, obwohl wir gerade bei der Weiterentwicklung der Krebsfrüherkennung oder der onkologischen

Versorgungsstrukturen eine höhere Qualitätssicherung brauchen.

Für den Themenbereich „Diabetiker“ sehen Sie auch eine Kürzung vor – genauso bei der Sterbebegleitung. Bei den Hospizen sind es sogar 615.000 Euro.

Der wichtige Aktionsplan Hygiene wird um über 380.000 Euro gekürzt. Mit dem Aktionsplan Hygiene waren wir Vorreiter in Deutschland. Jeder, der Angehörige im Krankenhaus hat, weiß, was für eine Bedrohung die multiresistenten Keime oder die nosokomialen Infektionen in den Krankenhäusern darstellen. Da auf die Idee zu kommen, 380.000 Euro zu kürzen, ist wirklich ein Witz.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch beim Kinderschutz wird kein Halt gemacht. Wir haben bei der letzten Plenardebatte ja auch zu Recht über den Kinderschutz gesprochen.

Ich will Sie, Herr Laumann, einmal zitieren. Sie haben erklärt:

„Der Kinderschutz ist mir ein wichtiges Anliegen. Belastungssituationen in Familien, mögliche Zeichen von Vernachlässigung, Misshandlung und Missbrauch müssen frühzeitig erkannt werden. Hierzu braucht es auch im Gesundheitswesen passende Strukturen.“

Da frage ich Sie: Wie kommen Sie dann allen Ernstes auf die Idee, in diesem Bereich 700.000 Euro einzusparen?

(Beifall von der SPD)

Ich frage mich auch, ob Sie, als im Kabinett darüber gesprochen wurde, anwesend waren oder was Sie während der Zeit gemacht haben, als der Finanzminister Ihnen diese Kürzung in Ihren Etat hineingeschrieben hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, was bringt es eigentlich, sich mit Pressemitteilungen zur Kinderschutzkommission als vermeintliche Familienpartei in Szene zu setzen, wenn in der Regierungsverantwortung dann bei dem entscheidenden Kinderschutz die Mittel im Haushalt derart gekürzt werden?

(Beifall von der SPD)

Doch nicht nur die Kinder werden im aktuellen Haushaltsentwurf vernachlässigt. Auch das Thema „Pflege im Alter“ kommt zu kurz. Mein Kollege Josef Neumann hat gerade die ZWAR-Landesstellen, die Kürzungen erfahren oder abgeschafft werden, angesprochen. Unser dazu gestellter Haushaltsantrag ist von Ihnen ja auch weggewischt worden.

Ich möchte in Anbetracht der kurzen Redezeit nicht auf alle einzelnen Kürzungen und Probleme des Haushaltes im Hinblick auf das Thema „Gesundheit“

eingehen, will aber zum Thema „Krankenhausfinanzierung“ noch etwas sagen, weil wir dort wirklich vor großen Herausforderungen stehen. Auch dieses Thema hat bei Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, nicht oberste Priorität. Ich stelle diesbezüglich leider fest, dass weiterhin im Klein-Klein an diesen Herausforderungen gearbeitet werden soll.

Wir haben als SPD bereits in unserem Wahlprogramm für diese Legislaturperiode geschrieben, dass wir im Hinblick auf den enormen Investitionsstau in Höhe von 1,1 bis 1,5 Milliarden Euro pro Jahr eine grundsätzlich neue Art der Investitionsfinanzierung benötigen.

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Wir hatten Ihnen damals vorgeschlagen, nach dem Vorbild „Gute Schule 2020“ ein Investitionsprogramm aufzulegen. Sie können sich sicher sein, dass dieses Investitionsprogramm für die Krankenhäuser auch gekommen wäre, wenn wir die Wahl 2017 gewonnen hätten.

(Beifall von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD] – Lachen von der CDU und der FDP)

Sie merken doch jetzt auch schon in den Gesprächen, wenn Sie mit Krankenhausträgern mal sprechen, wohin Ihr kleinliches Reparieren am Ende führen wird: Es wird am Ende teurer als ein grundsätzliches Sanieren der Investitionsförderung.

(Beifall von der SPD)

Das ist keine Strategie.

Ich zitiere einmal die Antwort auf die von uns gestellte Frage, wie es mit den Schwerpunkten bei der Krankenhausförderung aussieht. Zu den Förderzielen für das nächste Jahr sagt der Minister – man muss sich das einmal vorstellen –:

„Die Förderschwerpunkte für das Jahr 2020 werden derzeit erarbeitet. Die Bekanntgabe soll noch in diesem Jahr erfolgen.“

Wir haben fast 2020. Wenn Sie im November noch nicht wissen, wie die Förderschwerpunkte für das kommende Jahr aussehen werden, dann frage ich mich, was für eine Strategie Sie bei der Krankenhausförderung tatsächlich verfolgen.

Ich erlebe Sie, Herr Minister, immer wieder bei Veranstaltungen, auf denen Sie dann beklagen, was alles nicht geht. Dann denke ich: Recht hat er. Aber irgendjemand sollte ihm auch einmal sagen, dass er seit fast drei Jahren zuständiger Minister ist

(Anja Butschkau [SPD]: Genau!)

und die Verantwortung dafür trägt, nicht nur die Dinge zu beklagen, sondern auch zu handeln. – Das ist auch unsere Erwartungshaltung.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Yüksel. – Als nächster Redner hat für die CDU Herr Kollege Preuß das Wort.

Peter Preuß (CDU): Herr Kollege Yüksel, wissen Sie, was Investitionsstau ist bzw. bedeutet? Das sind ausgebliebene Investitionen, die eigentlich schon längst hätten vorgenommen werden müssen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dadurch entsteht Stau. Und Sie haben über sieben Jahre die Investitionskostenförderung eingefroren.

(Frank Müller [SPD]: Was für ein innovativer Redeeinstieg! Großartig! Diese Kreativität!)

Das wollen wir doch einmal festhalten.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt 2020 der NRW-Koalition ist nicht nur dadurch gekennzeichnet, dass die Krankenhäuser noch nie so viel Geld bekommen haben wie jetzt durch die NRW-Koalition, sondern auch durch die Strukturveränderungen, die wir seit zweieinhalb Jahren eingeleitet haben.

Wir wollen die medizinische Versorgung der Menschen in Nordrhein-Westfalen sicherstellen und verbessern. Das bedeutet eine höchstmögliche medizinische Qualität mit Schwerpunktbildung und Spezialisierung, aber auch Erreichbarkeit der Krankenhäuser im Akutfall.

Mit dem neu ausgerichteten Krankenhausplan wird die NRW-Koalition leistungsfähige Krankenhausstrukturen schaffen. Da kommt es nicht mehr auf die Bettenzahl an, sondern auf die Versorgung, auf die Versorgungsstrukturen und auf die Qualität.

Das vorliegende Gutachten zur Krankenhauslandschaft NRW zeigt, dass die Veränderungen in Richtung kooperative Strukturen, Zusammenschlüsse, Spezialisierungen und dergleichen zwingend notwendig sind, um Fehl-, Über- und Unterversorgung auszugleichen.

Wir werden für die Krankenhausförderung im kommenden Jahr insgesamt rund 760,6 Millionen Euro ausgeben. Für die Investitionskostenförderung und die Einzelförderung stellen wir insgesamt 39,36 Millionen Euro mehr als im Vorjahr zur Verfügung. Für die Kofinanzierung des Krankenhausstrukturfonds sind bis zum Jahr 2022 jährlich 95 Millionen Euro vorgesehen. Der Bund stellt jährlich rund 105 Millionen Euro zur Verfügung.

Eine weitere wichtige Säule der Gesundheitsversorgung ist das mit 2,5 Millionen Euro hinterlegte Aktionsprogramm „Hausärztliche Versorgung“, das seinerzeit von Karl-Josef Laumann eingeführt worden ist und seitdem stets fortgeführt wurde.

Zu nennen ist im Übrigen auch die Landarztquote. Das entsprechende Gesetz haben wir hier beschlossen. Wir sind das erste Bundesland, das eine Landarztquote zur Verbesserung der Versorgung im ländlichen Raum eingeführt hat, und haben damit Pionierarbeit geleistet. Andere Bundesländer sind dabei, uns nachzueifern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist ein Erfolgsmodell. Es gibt für 145 Studienplätze inzwischen 1.300 Bewerbungen.

Mit der Gründung der Medizinischen Fakultät OWL in Bielefeld wollen wir die Folgen des demografisch bedingten Fachkräftemangels in der Ärzteschaft abfedern. An der Universität Witten/Herdecke wurde die Zahl der Studienplätze zum vergangenen Sommersemester verdoppelt. Dort haben nun jährlich 168 junge Menschen die Möglichkeit, ihr Medizinstudium aufzunehmen. In Bielefeld werden es 300 Studierende pro Jahr sein.

Auch spielt die Digitalisierung im Gesundheitswesen eine zunehmend wichtige Rolle. In Zukunft soll es in Nordrhein-Westfalen eine flächendeckende telemedizinische Versorgungslandschaft geben. Mit einem virtuellen Krankenhaus wird ein telemedizinisches Netzwerk aufgebaut, das die fachärztliche Expertise der im Land verteilten medizinischen Spitzenzentren für die gesamte Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen verfügbar macht.

Krankenhäusern und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sollen über das virtuelle Krankenhaus spezielle Expertisen zur Verfügung gestellt werden. Für das virtuelle Krankenhaus werden wir im Haushalt bis zu 2 Millionen Euro pro Jahr vorsehen.

Der Kinderschutz liegt uns ebenfalls sehr am Herzen. Es gehört zu unseren Pflichten, die Jüngsten in unserer Gesellschaft zu schützen. Aus diesem Grund wird seit April 2019 das Kompetenzzentrum Kinderschutz im Gesundheitswesen gefördert, dessen Aufgabe darin besteht, die Akteure im Gesundheitswesen bei Fragen zu medizinischem Kinderschutz zu beraten.

Zugleich werden wir vor Ort auch die Kinderschutzambulanzen finanziell unterstützen,

(Beifall von der CDU und der FDP)

die sich um Kinder und Jugendliche kümmern, die Gewalt, Misshandlung oder Missbrauch erlebt haben.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Insgesamt stellen wir für das kommende Jahr im Bereich des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitshilfe für Maßnahmen des Kinderschutzes 1,8 Millionen Euro zur Verfügung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der vorliegende Haushaltsentwurf für 2020 legt im Gesundheitsbereich einen deutlichen Schwerpunkt auf die Krankenhäuser und die Bekämpfung des Hausärztemangels.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Wie lange war die Redezeit?)

Für die Interessen der Menschen in Nordrhein-Westfalen setzen wir damit den vor zweieinhalb Jahren eingeschlagenen erfolgreichen Weg fort.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Peter Preuß (CDU): Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Preuß. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Preuß, Sie sind etwas unorthodox in Ihre Rede eingestiegen. Ich möchte aber noch einmal auf 2011 zurückschauen. – Jetzt ist Herr Witzel nicht mehr da.

(Henning Höne [FDP]: Sollen wir ihn wieder reinholen? – Heiterkeit von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Haushaltssituation von damals ist mit der heutigen nicht zu vergleichen. Herr Minister, Sie waren zwischen 2005 und 2010 schon einmal im Amt. Damals waren die Investitionen in die Krankenhäuser auch nicht so hoch, wie wir uns das vorstellen.

Ich hätte auch zwischen 2010 und 2017 gerne mehr gehabt. Sie haben damals mehr für das Krankenhaus gefordert. Ich kann mich noch gut erinnern. Sie waren Fraktionsvorsitzender, Herr Minister Laumann, als wir den Beschluss gefasst haben, dass 50 % der Sozialkosten vom Bund übernommen werden sollen. Gleichzeitig haben wir gesagt, das Land müsse ein Stück weit einspringen, wenn das nicht funktioniere. Daraufhin forderte die CDU, das müsse aber eins zu eins im Landeshaushalt eingespart werden. Es ist immer ein bisschen schwierig, sich an das zu halten, was man zu Oppositionszeiten gesagt hat, wenn man dann regiert.

Jetzt behaupten Sie, dass die Krankenhausinvestitionen explodieren, nachdem sie auf einen niedrigen Stand heruntergeschraubt worden waren. Schauen Sie sich einmal an, woher die Mittel – ich finde das gut – stammen: Das allermeiste sind Bundesmittel,

die aus NRW gegenfinanziert werden. Das ist in Ordnung. Aber so in die Vergangenheit zu schauen, ist haushaltspolitisch nicht in Ordnung.

(Beifall von den GRÜNEN – Heike Gebhard [SPD]: Das ist für Leute, die keine Ahnung haben!)

So viel zur Einordnung dieses Themas. Ich möchte mich auch einigermaßen kurz fassen.

Beim Krankenhausplan möchte ich direkt mit dem Positiven anfangen. Ich will Ihnen deutlich sagen: Sie haben uns bei einer Diskussion über eine neue Krankenhausstruktur an Ihrer Seite, weil auch wir der Auffassung sind – da beißt die Maus keinen Faden ab –, dass wir mehr konsolidieren müssen, wenn wir weniger Pflegekräfte haben, wenn wir eine Konzentration brauchen, wenn wir mehr Qualität in den Krankenhäusern benötigen. Das kann gar nicht anders funktionieren.

Wie wir es dann am Ende machen, werden wir diskutieren. Dazu liegt ein Gutachten vor. Darüber findet eine fachliche Auseinandersetzung statt. Dabei wird sich auch der eine oder andere Lokalpolitiker einmischen. Das müssen wir alles durchstehen.

Dass wir das weiterhin angehen müssen, ist aber richtig. Da stimmen wir Ihnen grundsätzlich zu. Wir werden das auch diskutieren. Aber dann müssen wir wirklich darauf achten, dass das unter Beachtung fachlicher Kriterien geschieht.

Sie haben das Thema „Betreuungsvereine“ angesprochen. Wir haben nicht gesagt, dass nichts gemacht wird. Aber angesichts der steigenden Zahlen und des vertretbar geringen Aufwandes, der erforderlich wäre, um diese wichtige Arbeit zu unterstützen, hätten Sie diese 2 Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt einstellen müssen. Das ist eine hochqualitative Arbeit, die dazu führt, dass Menschen im Alter im Betreuungsfall unterstützt und auch rechtlich unterstützt werden. Das zahlt sich für den Landeshaushalt und für die Menschen in Nordrhein-Westfalen vielfach aus. Deshalb verstehe ich nicht, warum die Regierungsfractionen dem nicht zugestimmt haben.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE] und Josef Neumann [SPD])

Nun komme ich zu dem wichtigsten Punkt, der uns auch wirklich trennt, nämlich der Thematik „Alter und Pflege“. Die Themen „ZWAR“ und „Quartiersentwicklung“ sind hier schon angesprochen worden. Ich kann es nur wiederholen: Warum Sie aus ideologischen Gründen aus dem Landesförderplan 5 Millionen Euro herausstreichen – da ist ZWAR schon dabei – und die Fokussierung auf die Pflegestationen wieder vornehmen, verstehe ich einfach nicht.

Wir haben hinsichtlich der häuslichen Pflege ganz viel Luft nach oben. Wir müssen die Quartiersentwicklung stärken, weil wir schlichtweg viel zu wenige Leute haben, die die Pflege abwickeln können. Wir brauchen die Menschen im Quartier. Wir brauchen Beratung und eine verbindliche Pflegeplanung vor Ort. Im Rahmen der Quartiersentwicklung muss auch die Barrierefreiheit in den Häusern hergestellt werden. Das müssen wir vor Ort entwickeln.

Dass Sie sich bei diesem Thema von der FDP vor sich hertreiben lassen, ist wirklich ein Fehler. Ändern Sie den Kurs, und setzen Sie den anderen Schwerpunkt. Dann können wir auch wieder ein Stück weit zusammenkommen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mostofizadeh. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Matheisen das Wort.

(Zuruf von der FDP: Herr Witzel ist wieder da! – Gegenruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Schön für ihn! – Heiterkeit)

Rainer Matheisen (FDP): Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß jetzt nicht, was die Heiterkeit hervorruft. Ich vermute aber, dass es der vorliegende Einzelplan ist, weil er so positiv, schön und gut ausgestaltet ist, dass sich alle hier freuen.

Eben haben wir vom Kollegen Preuß zu den Themen „ärztliche Versorgung im ländlichen Raum“ und „Krankenhausplanung und Investitionen“ schon das eine oder andere gehört. Deswegen werde ich jetzt eher etwas zu den Bereichen „Prävention“ und „Aufklärung“ sagen.

Am Sonntag ist Welt-AIDS-Tag. Ich sehe hier auch etliche Kolleginnen und Kollegen, die eine rote Schleife tragen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, den in der Aidshilfe Aktiven – seien es Hauptamtler oder Ehrenamtler – ganz herzlich für ihre wertvolle Arbeit, die sie jeden Tag für die Betroffenen leisten, und für die vielfältigen Hilfs- und Präventionsangebote, die dort bereitgestellt werden, zu danken.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir stärken aus diesem Grund die zielgruppenspezifische Prävention und erhöhen die Mittel um 400.000 Euro. Das ist eine großartige Sache und meines Erachtens ein gutes Zeichen in diese Richtung.

Neben zusätzlichen Mitteln, die vom Kollegen Preuß bereits erwähnt wurden, setzen wir auch unsere Initiativen aus den vergangenen Jahren fort. Ich greife da zwei Punkte heraus.

Erstens: Diabetes bei Kindern. Eine chronische Diabeteserkrankung bedeutet für Kinder viele Einschränkungen und Verunsicherungen. Die Kinder werden oft von Ausflügen, von Klassenfahrten und vom Sport ausgeschlossen und haben dort keine Möglichkeiten. Da gibt es große Unsicherheiten.

Deswegen haben wir mit unseren Partnern, der Deutschen Diabetes-Hilfe und der Arbeitsgemeinschaft für Pädiatrische Diabetologie, eine Koordinierungsstelle eingerichtet und ein Handlungskonzept entwickelt. Dafür haben wir Mittel eingestellt, weil dort gute Arbeit geleistet wird und jetzt ein landesweites Schulungsprogramm für das Personal in Kindertagesstätten und Schulen aufgebaut wird. Das führen wir in diesem Jahr natürlich fort. Damit setzen wir in diesem Haushalt auch ein schönes Zeichen.

Zweitens: iGOBSIS. Wer mit dieser Abkürzung nichts anfangen kann: Sie steht für „intelligentes Gewaltopfer-Beweissicherungs-Informationssystem“. Es ist vom Institut für Rechtsmedizin hier in Düsseldorf gestaltet und entwickelt worden und ein spannendes Beispiel dafür, wie Digitalisierung tolle Fortschritte ermöglicht.

Dort gibt es beispielsweise eine Suchmaske für Frauenberatungsstellen, um die einfache Vermittlung eines Ansprechpartners für die Opfer zu ermöglichen. Hier nutzen wir die Digitalisierung wirklich, um den betroffenen Menschen zu helfen, und auch, um präventiv weitere Fälle in Zukunft zu verhindern, weil durch die Beweissicherung entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden. Diese Leistung soll zwar in Zukunft über die Krankenkassen abrechenbar werden. Wir sorgen aber jetzt mit Landesmitteln dafür, dass der Übergang von der Projektphase in die reguläre Versorgung vernünftig gelingen kann.

Das waren schöne Beispiele dafür, was wir an verschiedenen Stellen, gerade in den Bereichen „Prävention“ und „Aufklärung“, machen. Daher bitte ich Sie, dem Einzelplan zuzustimmen. Ich weiß, dass das vielleicht nicht jeder von Ihnen tun will. Das hat man aus den Wortbeiträgen schon herausgehört. Aber betrachten Sie diesen Einzelplan wohlwollend. Er ist gut geworden.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir stehen für eine gute Gesundheitsversorgung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Matheisen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Kollege Dr. Vincentz das Wort. Bitte sehr.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist nunmehr fast eine Art Tradition, dass wir uns beim Einzelplan des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales enthalten. Das hat allerdings nichts damit zu tun, dass wir das Ganze nicht trotzdem kritisch begleiten würden, sondern ist Folge einer Abwägung.

Das, was wir hier gerade von den anderen Oppositionsparteien erlebt haben – nämlich im Prinzip, im Rahmen einer Haushaltsdebatte die Mangelverwaltung, die für das Gesundheitssystem und die Gesundheitspolitik chronisch ist, tatsächlich dahingehend auszuspielen, den regierungstragenden Parteien zu unterstellen, sie würden sich nicht für das Wohl misshandelter Kinder einsetzen –, ist schlicht unredlich. Jeder weiß, dass das Geld nun einmal knapp ist und verteilt werden muss.

In dieser Legislaturperiode sind viele große Dinge angestoßen worden, die nun einmal ihr Geld kosten werden. Wenn wir in die Zukunft schauen und den demografischen Wandel betrachten, sehen wir, dass sie sicherlich auch nötig sind.

Zu den Dingen, die angestoßen worden sind, gehört die Landarztquote. Wir haben jetzt neue Zahlen dazu erhalten. Dieses Programm erfährt tatsächlich eine hohe Nachfrage. Wie sich das letztlich auf den im Land bestehenden Bedarf auswirken wird, ist natürlich noch fraglich. Auch das werden wir im Weiteren kritisch begleiten.

Morgen wird hier der Gesetzentwurf zur Errichtung der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen eingebracht. Das ist sicherlich eines der Gesetze, die im Folgenden weiter kritisch betrachtet werden müssen – insbesondere, wenn man sich die Vorgänge in Niedersachsen vor Augen führt, wo die Politik nun entschieden hat, eine Beitragsfreiheit zu gewähren. Was diese Absprache unter den anderen Parteien angeht, werden wir als AfD sehr kritisch betrachten, wie sich das in Nordrhein-Westfalen entwickeln wird, ob auch hier bei politischem Gegenwind am Ende eine Beitragsfreiheit stehen wird und was andere Kammern dann dazu sagen werden.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Meiner Meinung nach ist hier auch noch der Umgang des Ministeriums mit den verschiedenen bislang aufgetretenen Skandalen anzusprechen. Dazu gehören der Apotheker-Skandal und auch – wobei das kein Skandal war – die Handfehlbildungen bei Neugeborenen, die sich in diesem Jahr gezeigt haben. Da hat das Ministerium, meine ich, sehr vorbildlich reagiert und alle Parteien sehr schnell und zügig mit allen vorliegenden Daten versorgt, sodass wir auch da eigentlich keine Kritik üben können.

Oppositionspolitik bedeutet im Rahmen des Haushalts ja immer, die Regierung zu kontrollieren. Wenn es nicht viel zu kritisieren gibt, dann muss man

manchmal auch einfach einen Haken daran machen und es sagen.

Weswegen wir dem Einzelplan nicht zustimmen können, sind ein paar andere Punkte. Ich meine, im Laufe auch dieses Jahres haben wir wieder mit einigen Anträgen gezeigt, dass Gesundheitspolitik mit uns einige etwas andere Akzente hätte. Der Haushaltsänderungsantrag, der heute eingereicht wurde, zeigt auch, dass in dem von uns vorgestellten gesamthaushalterischen Konzept die Krankenhäuser mit uns einen dreistelligen Millionenbetrag mehr bekommen hätten. Das ist das, was es mit uns an Änderungen gegeben hätte. Wir denken, dass dies sicherlich notwendig ist; denn gerade im Rahmen der Krankenhausplanung wird es sicherlich den in den vergangenen Jahren eher unterfinanzierten Krankenhäusern sehr schwerfallen, das in der Art und Weise aufzufangen.

Uns haben einige Nachrichten der vergangenen Wochen und Tage ein bisschen kritisch begleitet, besonders was die Nachrichten aus dem Gesundheitssystem betrifft. Wir stellen fest, dass die Krankenhäuser immer öfter fordern, sie doch bitte schön auch zu unterstützen, was Security-Dienste in den Notaufnahmen und in den Ambulanzen angeht, denn dort gibt es prolongiert Probleme, die es so vor einiger Zeit noch nicht gegeben hat. Da die Krankenhäuser durchaus auch an anderer Stelle eine Finanzierung bekommen, ist es sicherlich folgerichtig, sie dabei zu unterstützen, sie nicht im Regen stehen zu lassen, wenn dort Krankenschwestern und Ärzte nachts den Notdienst verrichten, sie dort nicht im Stich zu lassen und Gefahren auszusetzen, die schlichtweg nicht zu diesem Beruf gehören sollten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ziel der Gesundheitspolitik der Landesregierung ist es natürlich, dass unsere Bürgerinnen und Bürger bestmöglich mit leistungsfähigen Krankenhausstrukturen, mit leistungsfähigen medizinischen Versorgungsstrukturen im Falle der Erkrankung versorgt werden.

Deswegen ist es natürlich für das nächste Jahr wirklich eine Mammutaufgabe, den sogenannten Krankenhausrahmenplan für Nordrhein-Westfalen zu erstellen, vor allen Dingen, weil wir das Ziel haben, eine Krankenhausplanung weg vom Bett zu machen und mehr über Leistungsgruppen und Leistungsbereiche zu reden. Wir wollen vor allem dahin kommen, dass es nicht auf engstem Raum Doppel- und Dreifachstrukturen gibt, die wir zurzeit zuhauf in Nordrhein-

Westfalen haben und für die wir vorne und hinten das Personal nicht mehr haben. Solche Doppel- und Dreifachstrukturen können wir künftig nicht mehr aufrechterhalten.

Der zweite Punkt ist, dass wir für die Krankenhausinvestitionen im nächsten Jahr 760 Millionen Euro zur Verfügung haben. Wir steigern das noch einmal um knapp 40 Millionen Euro. Ich möchte nur einmal sagen: Wir haben für Krankenhausinvestitionen heute rund ein Drittel mehr zur Verfügung, als es unter Zeiten von Rot-Grün der Fall war. Ich hätte auch gerne mehr, aber 760 Millionen Euro, die wir Jahr für Jahr jetzt für Krankenhausinvestitionen geplant haben, sind auch schon ein Wort.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich denke, man darf schon sagen, dass wir die ärztliche, vor allem die hausärztliche Versorgung in Nordrhein-Westfalen zum Thema gemacht haben. Sie wissen alle, dass wir vor allem auf dem Land eine Altersstruktur bei den Hausärzten haben, die dazu führt, dass wir in den nächsten fünf, sechs Jahren in eine schwierige Situation kommen werden. Ich finde, dass diese Landesregierung als eine der wenigen Landesregierungen in Deutschland mit den Hausarztaktionsprogrammen, mit Quereinstieg, mit der Landarztquote, mit dem Ausbau von neuen medizinischen Ausbildungsplätzen in Witten/Herdecke und Bielefeld in dieser Frage nun wirklich kräftig versucht, diese Problematik beherrschbar zu machen und die Versorgungsfrage zu lösen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im Übrigen freue ich mich auch darüber, dass die Bewerbungsquote für die Studienplätze, die wir im Rahmen der Landarztquote zur Verfügung stellen, heute höher ist als die für die regulären Studienplätze. Wir bekommen viele Bewerbungen von Menschen, die Landarzt werden wollen, vor allem aus den Dörfern aus den ländlichen Regionen. Das, finde ich, ist eine Klasse Entwicklung. Wahrscheinlich haben wir mit der Landarztquote wirklich richtig gelegen, um die Menschen in ein Medizinstudium zu holen, die sich eben vorstellen können, in einer dörflichen Gemeinschaft hausärztliche Versorgung auch in Zukunft in Nordrhein-Westfalen sicherzustellen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden das virtuelle Krankenhaus umsetzen. Sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch im Bund sind viele Hunderte Millionen für Digitalisierungsprojekte im Gesundheitswesen ausgegeben worden.

Das Problem ist immer nur: Wenn die Projektlaufzeit zu Ende war, war das Projekt tot, dann wurde es evaluiert, und dann fing die ganze Sache wieder von vorne an. Da Sie ja wissen, dass ich von Projekten nicht sehr viel halte, will ich jetzt einfach eine nachhaltige Finanzierung dieses Prozesses, bei dem die Krankenkassen dann die Leistungen eines virtuellen

Krankenhauses, zum Beispiel die Beratung aus einer Schwerpunktambulanz für Ärzte eines kleineren Krankenhauses, bezahlt.

Natürlich muss die Schwerpunktambulanz diese Beratung so vergütet bekommen, als wenn sie in der Ambulanz stattgefunden hätte. Sonst ist es auf Dauer nicht zu leisten. Wir haben hier die Zusagen der Krankenkassen, dass sie das auch so machen werden.

Deswegen steht auch für das virtuelle Krankenhaus eine dauerhafte Förderung zur Verfügung. Wir werden das in den nächsten Monaten auch errichten.

Die Klinikstellen für den Krankenversicherungsschutz bleiben auch im nächsten Jahr mit 5,2 Millionen Euro finanziert.

Jetzt will ich etwas zum Kinderschutz anmerken. Es wurde angedeutet, wir würden beim Kinderschutz nichts tun. Ich will nur sagen: Wir haben jetzt eingeführt, dass alle Kinderschutzambulanzen in Nordrhein-Westfalen eine Förderung vom Land erhalten. Vorher haben die null bekommen! Wir haben es eingeführt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der CDU: So ist das!)

Wir haben zusammen mit der Kinderklinik in Datteln und der Gerichtsmedizin in Köln jetzt ein vernünftiges Konzept entwickelt, dass Ärzte dann, wenn sie vermuten, dass eine Verletzung eines Kindes auch mit Gewalt zu tun haben könnte, einen vernünftigen rechtlichen wie medizinischen Beratungshintergrund haben, um hier besser zu agieren. Auch diese Förderung ist neu eingeführt worden und wird einem alten Wunsch vieler Haus- und Kinderärzte, in dieser Frage eine fachliche Unterstützung zu erhalten, gerecht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn ich auch das mal sagen darf: Wir stellen 15 Millionen Euro für die Berufsausbildung von Hebammen, für die Berufsausbildung von Physiotherapeuten und für die Berufsausbildung von Logopäden zur Verfügung. Ich bin schon ein bisschen stolz darauf, dass es nicht mehr so ist wie zu Ihrer Regierungszeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei Ihnen war es ja so, dass Sie die Studiengebühren abgeschafft haben, sodass alle die, die im Gesundheitswesen über 100.000 Euro verdient haben, in Nordrhein-Westfalen vom Staat ausgebildet wurden, und alle, die unter 30.000 Euro verdient haben, ihre Ausbildung selbst bezahlt haben. Das war Ihre Politik!

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Das war ein Skandal! – Weitere Zurufe)

Dann ist es doch auch so, dass wir jetzt erhebliche Mittel einsetzen, um Pflegeschulen auszubauen, nämlich 8 Millionen Euro, und 4 Millionen Euro mehr für die Schulen der Pflegeassistenz.

(Unruhe – Glocke)

Also: Ich setze nicht auf Quartier, aber ich setze auf Ausbildung in der Pflege. Da ist Nordrhein-Westfalen zurzeit das erfolgreichste Land der Bundesrepublik Deutschland.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Frank Müller [SPD] und Gordan Dudas [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister Laumann, es gab den Wunsch nach einer Zwischenfrage, der mittlerweile aber wieder zurückgezogen worden ist.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Auch gut! – Frank Müller [SPD]: Ganz vertraulich!)

Ich weise darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 1:25 Minuten überschritten hat.

(Weitere Zurufe)

Ich weise ferner darauf hin, dass Fraktionen in Teilen noch Redezeiten haben. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat für Herrn Abgeordneten ...

(Erhebliche Unruhe – Glocke)

So, Leute, bei aller Wertschätzung:

(Michael Hübner [SPD]: Leute, hört mal zu!)

Wir versuchen hier, eine ordentliche parlamentarische Haushaltsdebatte durchzuführen, und dazu gehört auch, dass Sie mir zuhören, damit ich den Kollegen der Fraktionen, die noch Redezeiten haben, dann auch das Wort geben kann. – Das hat jetzt Herr Abgeordneter Mostofizadeh für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin, herzlichen Dank. Es war nicht nachzuvollziehen, warum so eine Stimmung aufkam.

(Prof. Dr. Rainer Bovermann [SPD]: Wir sind auf dem Schützenfest im Münsterland!)

Herr Minister, den Punkt kann ich Ihnen nicht ersparen: Wenn Sie schon über Studiengebühren reden und diese wieder einführen wollen, dann sagen Sie es den Menschen hier im Lande.

Aber mir ist ein anderer Punkt wichtig. Sie haben in der akademischen Altenpflegeausbildung sehr viele Versprechungen gemacht, unter anderem dass Sie zusätzliche Kapazitäten zur Verfügung stellen, haben das auch mit verschiedenen Hochschulen, unter

anderem mit Bochum, mit Münster, mit Bonn, besprochen. Jetzt sitzt mit der Frau Ministerin die richtige Person neben Ihnen.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Die ist ja da!)

Ohne dass Geld zur Verfügung gestellt wurde, wurden Master-Studienplätze von den Hochschulen abgefordert. Es sind viel zu wenige; das wissen wir. Aber ohne dass Sie Geld zur Verfügung stellen, haben Sie Versprechungen auf dem Rücken der Hochschulen gemacht. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, ist die Seriosität dieser Landesregierung. Das finden wir nicht in Ordnung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Herr Abgeordneter Mostofizadeh für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ich frage der guten Ordnung halber, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall und bleibt auch beim Blick in die Runde so, sodass wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, nun am Ende der Aussprache zum Teilbereich b) Gesundheit sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/7985.

(Bodo Löttgen [CDU] hebt die Hand.)

Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten ...

(Heiterkeit von der CDU)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, es ist spät, und wir haben zwei anstrengende Parlamentstage hinter uns. Aber wir sind jetzt in der Abstimmung. Ich habe Zustimmung bei den Abgeordneten der Fraktion der AfD gesehen und herzliches Zuwinken und Begrüßungen bei anderen. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Enthaltung beim fraktionslosen Abgeordneten Neppe. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/7985** nicht angenommen, sondern **abgelehnt**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse zweitens abstimmen über den Einzelplan 11. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8011, den Einzelplan 11 unverändert anzunehmen, sodass ich nun über diesen Einzelplan abstimmen lasse und frage, wer ihm zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gegenstimmen? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Wie ange-

kündigt die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Damit stelle ich fest, dass der **Einzelplan 11 in zweiter Lesung angenommen** wurde.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Frank Müller [SPD])

Aber wir haben noch eine weitere Abstimmung durchzuführen, und zwar über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/7903**. Hier empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dann nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen. Ich darf fragen, wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Damit ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu:

Einzelplan 06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8006

Wir sind beim ersten Teilbereich:

a) Kultur

Ich darf die Aussprache eröffnen. Das Wort hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Schultheis. Alle anderen bitte ich, etwas ruhiger zu sein.

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich an die gestrige Debatte zum Kulturförderplan anschließen. Sie wissen, auch die Beratungen im Ausschuss für Kultur und Medien haben deutlich gemacht, dass die SPD-Fraktion die Stärkung der Haushaltsmittel für die Kulturförderung und auch die zugesagte verlässliche Weiterfinanzierung dieser Förderbereiche wirklich begrüßt und ausdrücklich würdigt. Der vorliegende Kulturhaushalt spiegelt dies auch wider.

Ich möchte an dieser Stelle allerdings einen Zusammenhang zum vorletzten Punkt, dem Einzelplan 08, herstellen. Als FDP und CDU regiert haben und der Kulturstaatssekretär Grosse-Brockhoff hieß, hatten wir schon einmal die Situation hier im Landtag, dass der Kulturhaushalt erheblich gewachsen ist, aber gleichzeitig die Belastungen der Kommunen gestiegen sind.

(Michael Hübner [SPD]: So ist es!)